

S1NEU Sachsen in Europa – eine Modellregion für Innovation und europäische Integration

Antragsteller*innen:

Tagesordnungspunkt: TOP 3 Sachsen in Europa

1 Vor 28 Jahren haben die Menschen in Sachsen ein neues, europäisches Kapitel
2 aufgeschlagen. Der Freistaat wurde im Zuge der deutschen Wiedervereinigung Teil
3 der Europäischen Gemeinschaften und späteren Europäischen Union. Seither
4 profitieren wir in besonderem Maße von der europäischen Solidarität. Mit
5 Strukturfonds und anderen Fördermitteln der Europäischen Union konnte viel in
6 Sachsen aufgebaut und entwickelt werden. In Mittel- und Osteuropa ist dieser
7 frühe Beitritt ein Privileg, das wir GRÜNE zu schätzen wissen.

8
9 Seit 2004 sind auch unsere direkten Nachbarländer Polen und Tschechien
10 Mitglieder der EU. Die Menschen in allen drei Ländern der Region haben seit dem
11 historischen Wegfall der Grenzkontrollen 2007 die Möglichkeit, ohne Schlagbäume
12 und mit der Sicherheit einheitlicher EU-Regeln grenzüberschreitend zu leben. Im
13 Nachbarland zu arbeiten, zu lernen oder einzukaufen ist für viele Menschen
14 Alltag geworden. Die Freiheit aller Unionsbürger*innen in einem Europa der
15 offenen Grenzen leben zu können, ist das Fundament für eine Zukunft in Frieden.
16 Gerade nach den für unsere Region und Nachbarländer so schmerzhaften Erfahrungen
17 des letzten Jahrhunderts, in durch Nationalismus und Rassismus entfachten
18 Kriegen mit Millionen Toten, brutalen Verbrechen und Vertreibungen möchten wir
19 eine Zukunft des europäischen Zusammenhalts gestalten.

20
21 Viele Menschen in Sachsen verbinden den europäischen Integrationsprozess heute
22 mit negativen Auswirkungen der Globalisierung, wie dem starken wirtschaftlichen
23 Wettbewerb in einer immer komplexeren und digital vernetzten Welt. Anstatt
24 Antworten auf die grenzüberschreitenden Herausforderungen unserer Zeit zu geben,
25 haben die Staatsregierungen in Sachsen unter Führung der sächsischen CDU
26 insbesondere mit falscher Sparpolitik viele Probleme verschärft. Bis heute
27 versucht die CDU, den Menschen mit einem selbstgefälligen Sachsenpatriotismus
28 eine heile Welt vorzugaukeln, mit dem man vor den globalen Herausforderungen
29 vermeintlich die Augen verschließen kann. Mit ihrem Rückzug ins Nationale treibt
30 die CDU in Sachsen viele Menschen in die Hände von Populist*innen, Rassist*innen
31 und Nationalist*innen, die "ihr heiles Sachsen" vor der vermeintlich bösen Welt
32 abschotten wollen.

33
34 Wir GRÜNE setzen auf einen offensiven pro-europäischen Weg. Wir lehnen nationale
35 Abschottung, in der Grenzkontrollen und sogenannte Auffangzentren als
36 vermeintliche Sicherheitsstrategie verkauft werden, ab. Wir stellen uns gegen
37 unsachliche Europakritik, bekennen uns zur Europäischen Union und wollen
38 Reformen anstoßen, um diese demokratischer, transparenter und sozial gerechter
39 zu machen. Anstatt Brüssel für bestehende Probleme verantwortlich zu machen,
40 setzen wir uns dafür ein, grenzüberschreitende Lösungen gemeinsam mit den
41 bestehenden europäischen Institutionen zu entwickeln.

42
43 Unsere Region soll im europäischen Integrationsprozess eine Schlüsselrolle
44 einnehmen. Mit weltoffenem, solidarischem und europäisch orientiertem
45 politischen Handeln vor Ort soll Sachsen eine europäische Modellregion werden.

46

47 Grenzübergreifende Zusammenarbeit für mehr Innovation, Umwelt- und Klimaschutz

48

49 Sachsen und seine direkten Nachbarregionen in Nordböhmen und Niederschlesien
50 sind noch immer stark geprägt vom Braunkohleabbau. Dieser zerstört die
51 Naturlandschaft und verschärft die Klimakatastrophe. Kein Staat allein kann den
52 Klimawandel aufhalten. Das darf aber auch nicht als Ausrede dafür herhalten,
53 dass wir in Polen, Sachsen und Tschechien unsere Politik nicht ändern.

54

55 Wir GRÜNE in Sachsen wollen klimafreundliche Perspektiven für die Region
56 entwickeln und Teil einer ambitionierten europäischen Klimaschutzpolitik sein,
57 die die Ziele des Pariser Klimaabkommens wirklich erreichen kann.

58

59 Dazu muss die Staatsregierung sofort mit dem Einstieg in den Kohleausstieg
60 beginnen und notwendige Strukturveränderungen vornehmen. Neben all den
61 Strukturwandelförderinstrumenten, die derzeit im Rahmen der "Kohlekommission"
62 diskutiert und in konkreten Programmen abgebildet werden, sollte sie die
63 Möglichkeiten des Clean Energy Package der EU nutzen. In Sachsen ist mit der
64 Strombörse in Leipzig bereits Infrastruktur vorhanden. Die Staatsregierung muss
65 die Chancen der Digitalisierung dazu nutzen, das Energiesystem so umzubauen,
66 dass viele kleine Stromerzeuger und innovative Unternehmen die Chancen eines
67 dezentralen und grenzüberschreitenden Energiemarktes nutzen können und den
68 aktiven Verbraucher*innen mehr Teilhabe ermöglicht wird. Wenn Sachsen endlich
69 seine längst nur noch politisch vorgeschobene Abhängigkeit von der
70 Kohleverstromung auflöst, entstehen neue Chancen für eine ökologische
71 Infrastruktur, für deren Unterstützung auch auf Mittel aus dem perspektivisch
72 vorgesehenen Investitionshaushalt in der Eurozone zurückgegriffen werden kann.
73 In Zusammenarbeit mit seinen Nachbarn kann der Freistaat dazu beitragen, dem
74 strukturschwachen Grenzraum mit Kohleabbaugebieten neue Perspektiven mit grüner
75 Energie und grünem Wirtschaften zu ermöglichen.

76

77 Wir wollen eine EU, die eine weltweite Vorreiterrolle im Klimaschutz einnimmt –
78 gerade in einer Zeit eines US-Präsidenten, der den Klimawandel leugnet. Deshalb
79 muss sich Sachsen dafür stark machen, dass die Bundesrepublik die ausgestreckte
80 Hand europäischer Partner zur Einführung einer wirksamen CO₂-Bepreisung auf
81 europäischer Ebene endlich ergreift. Zusammen mit einer entschlossenen
82 Fortführung der Reformen im europäischen Emissionshandel ist dies das wichtigste
83 Instrument für rasche Fortschritte beim Umsteuern in der Energieversorgung und
84 bei der Treibhausgasreduktion in allen Sektoren. Zudem muss die EU zukünftig für
85 eine Vielzahl von Klimaschutz-Sofortmaßnahmen mehr Mittel zur Verfügung stellen
86 , um das im Pariser Abkommen festgelegte 2- bzw. 1,5-Grad-Ziel zu erreichen. Das
87 Ziel des Pariser Klimaabkommens. steht für uns unverrückbar, denn mit den
88 Naturgesetzen kann niemand verhandeln. Die bisherigen Selbstverpflichtungen der
89 EU passen noch nicht zu diesem Ziel. Wir treten dafür ein, dass sie konsequent
90 verschärft werden, um dann in nationale Reduktionsziele übersetzt zu werden, die
91 wiederum in verbindliche Zielvorgaben auch auf Ebene der Bundesländer münden
92 müssen.

93

94 Grenzübergreifende Investitionen Sachsens in Innovation und Forschung im Bereich
95 grüner Energie, zusammen mit einer ökologischen Sanierung der Abbaugelände,
96 können unserer Region neue Perspektiven eröffnen. Wenn die EU Vorreiterin im
97 Klimaschutz sein will, muss auch bei unseren Nachbarn der Kohleausstieg

98 beginnen. Die gerade in Sachsen im Zuge der Sanierung des DDR-Altbergbaus
99 gewachsenen, zum Teil weltweit einzigartigen Erfahrungen mit der Bewältigung von
100 Bergbaufolgen des Braunkohletagebaus und mit Ansätzen zur Wiedernutzbarmachung
101 sollen in die grenzübergreifende Zusammenarbeit mit den Kohleregionen in Polen
102 und Tschechien eingebracht werden.

103

104 Für uns GRÜNE in Sachsen ist weiterhin auch der europa- und weltweite
105 Atomausstieg wichtig. So möchten wir im Euratom-Vertrag die Privilegien der
106 Atomkraft streichen. Uns liegt am Herzen, dass auch unser Nachbar Tschechien aus
107 der Atomkraft aussteigt. Denn ein Störfall in einem tschechischen Atomkraftwerk
108 hätte fatale Auswirkungen auf unsere gesamte Region.

109

110 Lebendige Städtepartnerschaften führen dazu, neue Lebensgewohnheiten
111 kennenzulernen, Gemeinsamkeiten und Unterschiede zu identifizieren und
112 letztendlich Vorurteile abzubauen. Die Förderung internationaler Kontakte
113 zwischen den Bürger*innen, Schulen, Unternehmen sowie Vereinen der Partnerstädte
114 trägt damit auch zum Zusammenhalt Europas bei. Ob in Verwaltung, Wirtschaft,
115 Kunst, Kultur, Wissenschaft, Jugend und Bildung – in vielen Bereichen können
116 sächsische Kommunen von ihren Partnerstädten lernen und selbst wertvolle
117 Erfahrungen weitergeben. Nicht zuletzt profitieren sächsische Kommunen auch vom
118 Erfahrungsaustausch über die Umsetzung europäischen Rechts, z. B. bei der
119 Einhaltung der EU-Feinstaubgrenzwerte und dem mit der drängenden Frage
120 nachhaltiger Verkehrskonzepte verknüpften Recht auf saubere Luft. Um
121 Städtepartnerschaften auch in Zukunft lebendig weiterzuführen und dort mit neuem
122 Leben zu füllen, wo sie zuletzt ruhten, müssen die sächsischen Kommunen
123 angemessen personelle Kapazitäten und finanzielle Mittel zur Kontaktpflege
124 bereitstellen.

125

126 EU-Kohäsionsmittel – aus weniger künftig mehr machen

127

128 Für die kommende Förderperiode ab 2021 ist bereits absehbar, dass Sachsen
129 infolge des Brexit und der inzwischen verbesserten wirtschaftlichen Lage
130 Anspruch auf weniger Fördermittel als bisher haben wird. Sachsen hat in den
131 letzten Jahren große finanzielle Solidarität durch die EU-Mitgliedstaaten
132 erfahren und befindet sich mit dem frühen EU-Beitritt Ostdeutschlands in einer
133 privilegierten Sonderrolle. Daher verstehen wir, dass EU-Fördermittel künftig
134 verstärkt in Regionen fließen, die mit stärkeren Strukturproblemen zu kämpfen
135 haben. Wir GRÜNE in Sachsen schreien daher nicht einfach nach mehr Geld aus
136 Europa. Wir wollen die künftig zur Verfügung stehenden Gelder gezielter in
137 Projekte europäischen Mehrwertes einsetzen, damit unsere Region
138 grenzübergreifend profitiert.

139

140 Wir wollen erreichen, dass die EU-Fördermittel so einfach wie möglich unter
141 Einbeziehung der betroffenen Bürger*innen vor Ort eingesetzt werden. Dazu setzen
142 wir uns für die Stärkung von Beteiligungsmöglichkeiten in der
143 Fördermittelvergabe ein. Etwa durch die Ausweitung von Vor-Ort-Entscheider*innen
144 , wie es in der laufenden Förderperiode mit lokalen Arbeitsgruppen der Fall ist.

145

146 Wir fordern einen grenzübergreifenden Transformationsdialog zwischen Polen,
147 Sachsen und Tschechien im Bereich Mobilität. Dieser soll sich nicht nur um die
148 notwendigen Transformationen in der Autoproduktion drehen, sondern auch den

149 Ausbau des öffentlichen Personennahverkehrs und Investitionen in den
150 transnationalen Güter- und Personenfernverkehr in den Fokus nehmen. Auch die
151 Förderung des grenzüberschreitenden Radverkehrs darf hierbei nicht vergessen
152 werden.

153

154 Wir lehnen einen Ausbau der Elbe für die Binnenschifffahrt und den geplanten Bau
155 einer weiteren Staustufe in Tschechien ab. Durch die Staustufe wären die
156 Lebensräume geschützter Tiere und Pflanzen bedroht. Der Elbe fehlt durch den
157 Klimawandel zunehmend das Wasser, eine Staustufe wäre daher eine teure
158 Fehlinvestition.

159 Solidarische Nachbarn in einem sozialen Europa

160

161 Die europäische Säule sozialer Rechte soll keine Ankündigung bleiben. Jetzt
162 müssen Taten folgen! - gegen den Widerstand der europäischen Konservativen, der
163 auch aus der sächsischen CDU kommt. Die Schwäche der sozialen Dimension in der
164 EU hat sich in den vergangenen Jahren auch in unserer Region offenbart. Ein
165 Problem stellt das Lohndumping im Binnenmarkt dar. Dabei haben Unternehmen die
166 Dienstleistungsfreiheit genutzt, die Arbeitnehmer*innen konnten aber nicht vom
167 örtlichen Tariflohn im Zielstaat profitieren. Mit der neuen EU-
168 Entsenderichtlinie wird hier ein wichtiger Zwischenschritt hin zu weniger Lohn-
169 und Sozialdumping vollzogen.

170

171 Die Freizügigkeit der Arbeitnehmer*innen muss auch sozial abgesichert sein. Die
172 Stärkung des sozialen Europas ist eine Schlüsselaufgabe für den künftigen
173 Zusammenhalt der Europäischen Union. Wir wollen eine stärkere Koordinierung
174 sowie Mindeststandards im Bereich der sozialen Sicherung und des Arbeitsmarkts.
175 Ein europäischer Mindestlohn, eine europäische Arbeitslosenversicherung und eine
176 europäische Altersabsicherung müssen mit den wirtschaftlichen Freiheiten Schritt
177 halten.

178

179 Wir GRÜNE stehen zu einer demokratischeren und solidarischen Eurozone und laden
180 unsere Nachbarn Polen und Tschechien dazu ein, dem Euro beizutreten. Für uns
181 muss der Euro durch Solidität und Solidarität krisenfest werden. Dazu soll die
182 Bankenunion vollendet und der bisherige Europäische Rettungsmechanismus
183 demokratisiert und in einen Europäischen Währungsfonds, der durch das
184 Europäische Parlament kontrolliert wird, überführt werden.

185

186 Sachsens Beitrag zu mehr Bürgerbeteiligung in der Europäischen Union

187

188 Ein Europa mit aktiven Bürger*innen können wir nur erreichen, wenn Menschen über
189 die Grenzen hinweg immer wieder in Kontakt kommen. Daher wollen wir EU-
190 Fördermittel, wie INTERREG viel stärker dazu nutzen, die grenzübergreifende
191 Zusammenarbeit der Hochschulen, ausbildender Betriebe und auf dem aktiven
192 Arbeitsmarkt zu fördern.

193

194 Sprachbarrieren müssen aktiver abgebaut und insbesondere in den Euroregionen
195 mehr nachbarsprachlicher Unterricht vom Kindergarten an gefördert werden. Im
196 Bereich der Wissenschaft können ähnliche geschichtliche, gesellschaftliche und
197 wirtschaftliche Ausgangslagen und Herausforderungen gemeinsam erforscht und
198 Gesamtansätze für Problemlösungen erarbeitet werden. Auch die Idee einer
199 gemeinsamen Europäischen Hochschule in unserer Region ist für uns GRÜNE ein

200 Ziel.

201

202 Perspektivisch wollen wir GRÜNE mit verstärkter Integration erreichen, dass eine
203 europäische politische Öffentlichkeit entsteht, die zu mehr Transparenz und
204 Demokratie in Europa führt. Wir wollen mehr gemeinsamen Dialog über europäische
205 Themen. Wir GRÜNE sind bereit, mit einer transnationalen Liste bei kommenden
206 Europawahlen anzutreten. Leider gab es hierfür noch keine Mehrheit im jetzigen
207 Europaparlament. Wir, die sächsischen GRÜNEN, begrüßen die Entscheidung der
208 European Green Party, europaweit mit zwei grünen Spitzenkandidierenden
209 anzutreten.

210

211 Bei der kommenden Europawahl haben alle EU-Bürger*innen, die in Sachsen leben,
212 die Möglichkeit, hier an der Europawahl teilzunehmen. Wir wollen für sie unter
213 gleichen Bedingungen, wie für deutsche Staatsangehörige ein Landtagswahlrecht
214 einführen. Dazu soll sich Sachsen den Initiativen zur Öffnung des Grundgesetzes
215 anschließen. Perspektivisch sollte die Unionsbürgerschaft zu einer europäischen
216 Staatsbürgerschaft fortentwickelt werden, so dass Unionsbürger*innen in den
217 Mitgliedstaaten, in denen sie leben, grundsätzlich die vollen bürgerlichen
218 Rechte genießen.

219

220 Sachsen soll alle bereits bestehenden Möglichkeiten ausschöpfen, die EU
221 bürgernah mitzugestalten. Vertreter*innen, die Sachsens Staatsregierung bislang
222 als Mitglieder im Rahmen des deutschen Kontingents für den Europäischen
223 Ausschuss der Regionen hat bestimmen lassen, sollen künftig durch den Landtag
224 gewählt und damit auf regionaler Ebene stärker demokratisch legitimiert werden.

225

226 Die europapolitische Bildung in Sachsen muss deutlich gestärkt werden. Eine
227 bürgernahe EU, in der die Menschen Lust haben, sich einzumischen und
228 mitzubestimmen, kann nur gelingen, wenn die Bürger*innen ihre europäischen
229 Rechte und die Alltagsvorteile eines geeinten Europas kennen. Wir wollen daher,
230 dass der Freistaat mit potenziellen Projektträgern ein Gesamtkonzept für die
231 europapolitische Bildung im Land entwickelt. Die Förderbedingungen für
232 europapolitische Bildungsprojekte freier Träger wollen wir verbessern und damit
233 eine flächendeckende Europa-Informationsarbeit ermöglichen.

234

235 Wir wollen das Subsidiaritätsprinzip parlamentarisch stärken. Mit dem Prinzip
236 wird sichergestellt, dass die EU nur gesetzgeberisch tätig wird, wenn die Ziele
237 einer Maßnahme besser auf EU-Ebene verwirklicht werden können. Das Europäische
238 Parlament sollte Anhörungen zu erfolgreichen Subsidiaritätsrügen der
239 Mitgliedstaaten durchführen und die Frage nicht mehr exekutiv durch die
240 Kommission beschieden werden. Bei Rügen gegen das Subsidiaritätsprinzip über den
241 Bundesrat halten wir GRÜNE uns an die rechtlichen Anforderungen des Instruments.
242 Eine politische Vereinnahmung des Subsidiaritätsmechanismus, wie sie von CDU,
243 LINKE und SPD in Sachsen betrieben wird, lehnen wir ab.

244

245 Global und vor Ort Verantwortung tragen - fairen Handel und Daseinsvorsorge
246 stärken

247

248 Für uns GRÜNE in Sachsen ist klar, dass die EU mit dem neuen Mehrjährigen
249 Finanzrahmen die Weichen im Sinne der nachhaltigen Entwicklungsziele, den
250 Sustainable Development Goals der Vereinten Nationen, zu stellen hat. Zu diesen

251 haben sich im September 2015 die Mitgliedstaaten verpflichtet. Mit ihnen sollen
252 weltweit die Würde der Menschen gestärkt, Armut und Hunger überwunden, der
253 Planet geschützt, die Globalisierung gerecht gestaltet, Frieden gefördert und
254 globale Partnerschaften aufgebaut werden. Wenn alle Staaten und die EU sich an
255 den nachhaltigen Entwicklungszielen orientieren, profitieren davon nicht nur
256 alle Menschen in Europa, sondern in der ganzen Welt.

257
258 Wir GRÜNE in Sachsen setzen daher auch auf einen gerechten Multilateralismus,
259 der dem Weltmarkt offen und transparent Regeln gibt. Wir brauchen eine faire
260 Handelspolitik. Die Welthandelsorganisation muss so reformiert werden, dass
261 ökologische, menschenrechtliche und entwicklungspolitische Aspekte eine wichtige
262 Rolle im Welthandel spielen. Die abgeschlossenen Freihandelsabkommen der EU mit
263 Ländern in Afrika und die bisherige EU-Agrarpolitik sind für Menschen vor Ort
264 Teil der Fluchtursachen. Sie entziehen Vielen die Lebensgrundlage. Bestandteil
265 der künftigen entwicklungspolitischen Zusammenarbeit muss daher die Evaluierung
266 und Neuverhandlung von Freihandelsabkommen sowie eine entsprechende
267 Neuausrichtung der EU-Agrarpolitik sein.

268
269 Auch aus den Fehlern bei den Freihandelsabkommen mit Kanada und den USA muss die
270 EU lernen, indem sie Parlamente und Öffentlichkeit bei Verhandlungen zu
271 Handelsverträgen zukünftig besser einbindet. Privilegien für Großkonzerne müssen
272 dabei verhindert werden.

273
274 Im Bereich der Daseinsvorsorge muss die EU dafür sorgen, dass jedem Bürger und
275 jeder Bürgerin eine Grundsicherung zur menschenwürdigen Existenz gewährt wird,
276 die frei von Wettbewerbsdruck des Welthandels ist. Für uns ist klar, dass
277 beispielsweise sauberes Wasser niemals zu einer reinen Handelsware verkommen
278 darf, bei der Zugang und Qualität von Konzerninteressen abhängig sind. Wir
279 brauchen starke handlungsfähige Kommunen in Sachsen, die mit ihren Bürger*innen
280 selbstbestimmt über ihre kommunale Daseinsvorsorge entscheiden. Die EU hat dazu
281 bereits Richtlinien, die die Gesundheit der Bürger*innen schützen, wie etwa die
282 Wasserrahmen- oder die Feinstaubrichtlinie.

283
284 Fluchtursachen bekämpfen und Migration ermöglichen

285
286 Wir in Europa und in Sachsen tragen durch unseren Lebensstil zur Zerstörung der
287 Lebensgrundlage vieler Menschen bei. Der von uns mitverursachte Klimawandel wird
288 in Zukunft mehr Menschen zur Flucht zwingen. Wir GRÜNE wollen, dass Europa
289 endlich Verantwortung übernimmt und Fluchtursachen bekämpft - insbesondere jene,
290 die wir als Europäerinnen und Europäer mitverantworten.

291
292 Auch deshalb dürfen wir die Verantwortung nicht an nordafrikanische Staaten
293 abwälzen. Wir lehnen so genannte "Hotspots" in Nordafrika ab. Flüchtlinge sind
294 dort von Menschenhandel, Folter und Vergewaltigung bedroht. Sie sollen die
295 Chance erhalten, in Europa Asyl zu beantragen. Dazu bedarf es sicherer Wege in
296 die EU. Die Seenotrettung durch Nichtregierungsorganisationen darf nicht länger
297 verhindert, sondern soll durch die EU und ihre Mitgliedsstaaten unterstützt und
298 mit durchgeführt werden. Das Massensterben im Mittelmeer muss enden.

299
300 Solidarität ist gerade bei der Aufnahme und Verteilung von Geflüchteten nötiger
301 denn je. Viele Mitgliedstaaten der Europäischen Union weigern sich, Geflüchtete

302 aufzunehmen. Die Mittelmeerstaaten werden regelrecht allein gelassen. Wir
303 fordern ein europäisches System zur Aufnahme von Geflüchteten. Dabei sollen die
304 Größe und die wirtschaftlichen Gegebenheiten der Mitgliedstaaten berücksichtigt
305 werden.

306
307 Wir möchten die Kommunen in Sachsen dabei stärken, allen Einwohnerinnen und
308 Einwohnern, unabhängig von ihrem Aufenthaltsstatus, gleichen Zugang zu Bildung,
309 medizinischer Versorgung, öffentlichen Einrichtungen und weiteren Bereichen
310 gesellschaftlicher Teilhabe zu ermöglichen. Der Freistaat Sachsen und die
311 sächsischen Kommunen sollen dazu auch auf Mittel aus dem Asyl- und
312 Migrationsfonds der EU, der auch in der kommenden Förderperiode fortgeführt
313 werden soll, zurückgreifen.

314

315

316 Europäisches Handeln statt europafeindliche Scheinlösungen

317

318 Der kulturelle Bruch der sächsischen CDU mit der Bundes-CDU ist eine Gefahr für
319 ein weltoffenes und europäisches Sachsen. Die sächsische CDU näherte sich in den
320 letzten Jahren sowohl europapolitischen, als auch grundrechtsmissachtenden
321 Positionen rechtspopulistischer und rechtsradikaler Parteien, wie Fidesz in
322 Ungarn, der PiS in Polen oder der ANO in Tschechien, an. Dies sehen wir mit
323 großer Sorge. Wer nur die wirtschaftliche Zusammenarbeit nutzen, ansonsten aber
324 von gegenseitiger Solidarität und Integration wenig wissen und vermeintlich
325 „homogene Gesellschaften“ erhalten will, handelt gegen unsere europäischen
326 Grundwerte.

327

328 Statt, wie die Staatsregierung, rechtspopulistische Kräfte in Sachsen zu
329 hofieren und europafeindliche Haltungen gesellschaftsfähig zu machen, müssen
330 Grundrechtsverstöße und Angriffe auf die Demokratien in Mittel- und Osteuropa
331 auf Regierungsebene im partnerschaftlichen Austausch offen kritisiert werden.
332 Die von der sächsischen Staatsregierung gern betonten freundschaftlichen
333 Kontakte zu rechtspopulistischen und nationalistischen Regierungen in
334 Ostmitteleuropa sind ein Schlag gegen pro-europäische Stimmen in den Visegrád-
335 Ländern, die ein Ende des europäischen Freiheitsgedankens und der europäischen
336 Solidarität fürchten.

337

338 Wir setzen dagegen auf die europäische Integration und freuen uns, wenn sich
339 Menschen unterschiedlicher Kulturen kennenlernen und ihr Zusammenleben gemeinsam
340 im Rahmen der Möglichkeiten, die die EU bietet, rechtsstaatlich organisieren.
341 Wir wollen die Grenzen in der Realität und in den Köpfen der Menschen
342 überwinden, ohne die kulturelle Vielfalt zu mindern. Eine offene europäische
343 Gesellschaft darf sich nicht von der Welt abschotten und muss solidarisch mit
344 Menschen außerhalb Europas sein, wenn diese aus vielfältigen Gründen aus ihrer
345 Heimat fliehen. Menschen aus allen Teilen der Welt, die gezwungen waren, ihre
346 Heimat zu verlassen und ein Recht haben, in Europa zu leben, heißen wir in
347 unserer Region in Mitteleuropa ausdrücklich willkommen!

348

349 Wir, die sächsischen GRÜNEN, leben gern in unserer Region. Wir möchten nicht
350 länger dabei zusehen, dass sich Sachsen mit seiner Staatsregierung und
351 selbstgefälligen Identitätspolitik von Europa und der Welt abschottet und
352 Populist*innen hofiert. Wir möchten mit unseren europäischen Nachbarn, den

353 demokratischen rechtsstaatlichen Kräften und der Zivilgesellschaft die Region zu
354 einer Modellregion für Innovation und europäische Integration umgestalten!
355
356 Dazu braucht es starke GRÜNE in einem starken Europa. Daher wollen wir auf allen
357 politischen Ebenen 2019 dafür kämpfen, dass die im Mai stattfindende Europawahl
358 ein Erfolg für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in Sachsen und GRÜNE in ganz Europa wird.
359 Außerdem ist unser Ziel, dass es im neuen Europaparlament und künftigen
360 Sächsischen Landtag eine pro-europäische und sozial-ökologische Mehrheit geben
361 wird!